

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine wird darüber diskutiert, wie weit die revisionistischen Ambitionen Moskaus reichen. Die Republik Moldau befürchtete im Frühjahr 2022, zum nächsten Opfer von Wladimir Putin zu werden. Dazu kam es nicht, gleichwohl hat sich an der Lagebewertung des Landes mit seinen über 2,4 Millionen Einwohnern wenig geändert. In der nationalen Sicherheitsstrategie vom Oktober 2023 wird Russland als grösste Bedrohung bezeichnet.

Die Sorgen in der Hauptstadt Chisinau sind berechtigt. Die Moldau stellt ein ideales Ziel für eine Invasion dar. Sie verfügt über keine externen Sicherheitsgarantien und ist militärisch schwach. 2023 hatten die Streitkräfte einen Umfang von 5150 Soldaten, die mit einem Verteidigungshaushalt von 87 Millionen Dollar zurecht kommen mussten. Kampfflugzeuge und Kampfpanzer stehen nicht zur Verfügung. Dieses Machtvakuum könnte Russland ins Visier nehmen. Dazu liessen sich vorab Spezialkräfte verdeckt einschleusen. Zusätzlich stünde ein bereits stationiertes Truppenkontingent von etwa 1500 Soldaten zur Verfügung. Es befindet sich im abtrünnigen Transnistrien, dessen Kampfverbände ebenfalls eingreifen könnten.

Ist die Operation gut vorbereitet, wäre die moldauische Führung innert Stunden ausgeschaltet. Der Widerstand der Streitkräfte liesse sich ohne Hilfe von aussen in wenigen Tagen brechen. Der Kreml würde damit Flagge im «nahen Ausland», dem ehemaligen Sowjetgebiet, zeigen und den Aktivitäten der Nato entgegenwirken. Das eroberte Gebiet wäre zugleich ein ideales Sprungbrett, um der Ukraine im Westen in den Rücken zu fallen. So weit die Theorie.

In der Praxis gibt es mehrere Gründe dafür, dass Putin bislang von einem militärischen Angriff auf die Moldau abgesehen hat. Selbst wenn dieser gelingen sollte, wäre anschliessend die logistische Unterstützung der Streitkräfte nur schwer zu sichern. Russland würde eine Landbrücke bis Transnistrien benötigen, wozu es mit seinen Verbänden im ukrainischen

Für Moskau steht Moldau nicht oben auf der Liste

Russland hat bislang darauf verzichtet, auch die ehemalige Sowjetrepublik anzugreifen. Das verwundert jedoch nur auf den ersten Blick. Gastkommentar von Martin Wagener

Süden durch die Oblaste Mikolajiw und Odessa stossen müsste. Die Umsetzung eines solchen Vorhabens ist gegenwärtig militärisch aussichtslos.

Alternativ könnte versucht werden, Verstärkungen über den Flughafen von Tiraspol, der Hauptstadt Transnistriens, einzufliegen. Sein Rollfeld hat eine Länge von 2500 Metern. Die Luftbrücke wäre jedoch sehr verwundbar, und das nicht nur gegenüber der ukrainischen Flugabwehr. Im Vorfeld einer solchen Aktion dürfte die Wahrscheinlichkeit steigen, dass Kiew einen Präventivschlag anordnet und selbst das politisch umstrittene Gebiet unter seine Kontrolle bringt. Ein schwer kalkulierbarer Faktor wäre

das Verhalten Rumäniens. Hintergrund ist die enge kulturelle Bande zur Republik Moldau, langfristig erscheint sogar eine Wiedervereinigung der beiden Staaten möglich. Bukarest dürfte daher kaum passiv bleiben, sollte Moskau wie in den vierziger Jahren erneut das Gebiet zwischen den Flüssen Pruth und Dnjestr besetzen. Rumänien könnte Waffen liefern und eigene Soldaten in moldauischen Uniformen einsetzen. Der Nachschub für den Partisanenkampf liesse sich relativ leicht über die gemeinsame 683 Kilometer lange Grenze organisieren.

Das grösste Hindernis besteht für den Kreml in einer überdehnten Front. Obwohl Luhansk, Donezk,

Saporischja und Cherson Ende September 2022 zu russischem Territorium erklärt worden sind, dauert die vollständige Eroberung der Oblaste an. Vermutlich um den ukrainischen Angriff auf Kursk zurückzudrängen, wurden nordkoreanische Soldaten angeworben. Und für Syrien konnte Putin jüngst nicht einmal Kräfte freisetzen, um den Sturz von Bashar al-Asad zu verhindern. Dadurch wurden die Stützpunkte in Tartus und nahe Latakia gefährdet.

Insofern ist denkbar, dass ein Angriff Russlands auf die Republik Moldau zwar beabsichtigt war, wegen knapper militärischer Mittel aber verschoben wurde. Die Zurückhaltung Moskaus könnte jedoch auch dahingehend gedeutet werden, dass es lediglich begrenzte revisionistische Pläne verfolgt. Bislang fanden militärische Interventionen nur in den Grenzstaaten Georgien und Ukraine statt. Am wahrscheinlichsten ist die pragmatische Interpretation: Der Status quo wird den russischen Interessen bereits gerecht. Die Republik Moldau hat sich in Artikel 11 ihrer Verfassung zur Neutralität verpflichtet, die Stationierung ausländischer Truppen ist nicht erlaubt. Mit der Nato wird kooperiert, aber Chisinau strebt keine Mitgliedschaft an. In Umfragen spricht sich die Bevölkerung ebenfalls mehrheitlich gegen einen Beitritt zu der Allianz aus.

Das ist der entscheidende Unterschied zum Westkurs der Ukraine. Russland kann zudem über Transnistrien und das autonome Gagausien Drohkulissen aufbauen, um die moldauische Aussen- und Sicherheitspolitik zu beeinflussen. Hinzu kommen Kampagnen zugunsten russlandfreundlicher Politiker. Ohne das Votum der Auslands moldauer wäre es Moskau in den Wahlen 2024 gelungen, Präsidentin Maia Sandu zu stürzen. Die Eröffnung einer weiteren militärischen Front ergibt daher vorerst keinen Sinn.

Martin Wagener ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Politik und Sicherheitspolitik an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Berlin.